



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 8. September 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1141
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

69. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 7. September 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 12:35 Uhr

Der Ausschuss nahm eine **datenschutzrechtliche Bewertung der Reichweitenanalyse durch Facebook** vom Landesbeauftragten für den Datenschutz entgegen. Hieran schloss sich eine ausführliche Diskussion mit Vertretern des ULD und von Facebook an.

Nach einer längeren Diskussion kamen die Ausschussmitglieder überein, ihre abschließende Beratung zu den Vorlagen im Zusammenhang mit der **Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)**, Drucksachen 17/1100, 17/1640 und 17/1591 (neu), auf eine gemeinsame Sitzung aller beteiligten Ausschüsse am Mittwoch, dem 14. September 2011, 8 Uhr, zu verschieben.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Keine weitere Verschärfung der dänischen Grenzkontrollen** und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1731, und der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1742, schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Europaausschusses an, vor dem Hintergrund eines gemeinsam formulierten Antrags einstimmig und mit Zustimmung der Antragsteller dem Landtag die Erledigung zu empfehlen. Einstimmig empfahl der Ausschuss entsprechend des Vorschlags des federführenden Europaausschusses dem Landtag die Annahme eines neu formulierten Antrags. Ein dazu vorgelegter Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Umdruck 17/2681, war zuvor mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und der LINKEN abgelehnt worden.

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Finanzausschuss, zum Bericht der Landesregierung, **Überprüfung der GMSH einleiten**, Drucksache 17/1572, eine schriftliche und eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Benennung der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführung des Finanzausschusses bis zum 16. September 2011 erfolgen.

Der Ausschuss nahm seine Beratungen zum Antrag der **Volksinitiative Schulfrieden Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1512, noch einmal auf und einige sich auf eine Begründung seines schon in seiner letzten Sitzung gefassten Beschlusses, dem Landtag zu

empfehlen festzustellen, dass die Volksinitiative durch die Verabschiedung des Schulgesetzes im Januar 2011 hinfällig sei.

Der Ausschuss führte außerdem eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, Drucksache 17/1336, durch.

Schluss: 18:40 Uhr

gez. Dörte Schönenfelder